

**Einladung zur Konferenz
30 Jahre Berufsverbote mahnen:
Kein neuer Grundrechtsabbau!
Wehrt Euch gemeinsam!**

**Sonnabend/Sonntag, 9./10. Februar 2002
Hamburg, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15
(Nähe Bhf. Dammtor)**

Freiheit und Demokratie können nur durch ihre Ausweitung und ihren massenhaften Gebrauch, nicht durch deren Einschränkung und Aushöhlung verteidigt werden. Die Einschränkung der Grund- und Menschenrechte schädigt und schwächt die demokratische Kultur. Dagegen muss und kann man sich gemeinsam wehren.

Das sind Lehren aus 30 Jahren Berufsverbotpolitik, die am 23.11.71 in Hamburg ihren Ausgang nahm und am 28.1.72 durch den gemeinsamen Beschluss der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler offizielle Politik in der (alten) Bundesrepublik wurde.

Das sind aber auch die Lehren der Geschichte, an die gerade jetzt erinnert werden soll, wo im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“, des „100jährigen Krieges der Guten gegen die Bösen“ (Bush) oder der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“ (Schröder) eine neue Welle der Beschneidung demokratischer Rechte in der BRD begonnen hat.

Die Geschichte ist voller Beispiele, dass Herrschaftssicherung durch Verfolgung Andersdenkender, durch Repressionen, Berufsverbote oder Staatsterror letztendlich nicht die Ausbreitung von Ideen und Meinungen hat verhindern können: Hier sei nur auf das Sozialistengesetz im 19. Jahrhundert, auf McCarthy in den USA im 20. Jahrhundert hingewiesen. Um so schlimmer, wenn mit ratenhafter Wütigkeit an längst gescheiterten Strategien festgehalten wird. Auch wenn die veröffentlichte Meinung das Thema längst verdrängt und für erledigt erklärt hat: Noch immer, jetzt 30 Jahre lang, sind Mitbürger gezwungen, um ihre Grund- und Menschenrechte zu kämpfen. So sind beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Berufverbotsfälle aus den 70er Jahren anhängig!

Mit Hilfe der Regelanfrage beim Verfassungsschutz, die jetzt wieder ausgedehnt wird, wurden 3, 5 Mill. Bewerber oder Angehörige des öffentlichen Dienstes auf ihre politische Zuverlässigkeit hin durchleuchtet. Die Folge: Auf Grund von 35 000 Dossiers gab es 11 000 offizielle Berufsverboteverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 endgültige Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Dem steht erst eine einzige volle Rehabilitierung entgegen!! Etliche Verfahren laufen immer noch, einige seit nunmehr 18 Jahren. Ein öffentliches,

politisches Eingeständnis, dass der sogenannte „Radikalerlass“ ein schwerer politischer Fehler war, ist trotz selbstkritischer Bemerkungen einzelner Sozialdemokraten (z.B. sprach Willy Brandt von einem „Irrtum“) bisher unterblieben. Tausenden wurde die berufliche Perspektive genommen, etliche in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt, ganze Schulen und Hochschulen in Aufruhr versetzt und Hunderttausende junge Menschen verunsichert. Eine politische, moralische und materielle Rehabilitierung der sogenannten „Verfassungsfeinde“ fand nicht statt, eine politische Auseinandersetzung damit steht noch heute aus. Das wiegt um so schwerer, als erneut – diesmal unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung – wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt und die Befugnisse der diskreditierten Geheimdienste ausgeweitet werden.

Die Aufarbeitung der Geschichte ist notwendig, um die Fortzeugung von Unrecht und Gewalt, auch struktureller Gewalt, zu unterbrechen. Die USA haben sich mit dem McCarthyismus auseinandergesetzt, Schweden, Norwegen, Österreich und die Schweiz haben ihre Abhör- und Bespitzelungskandale aus der Zeit des „kalten Krieges“ aufgearbeitet. In der BRD hat es nichts dergleichen gegeben. Daran ändert auch nichts, dass in den 80er Jahren die Berufsverbotepraxis gemildert wurde: Zwar ist (bis auf Bayern) die Regelanfrage abgeschafft worden, aber die verdachts- und fallbezogene Berufsverbotpolitik – in der Welt einzigartig – ist als Instrument beibehalten worden. Sie kann von politisch anders gefärbten Regierungen (man denke nur an Schill) jederzeit wieder massenhaft benutzt werden. Erinnert sei an die Übertragung der Berufsverbotpolitik auf die neuen Bundesländer nach 1989. Dort wurden u.a. Berufsverbote mit der bloßen Zugehörigkeit zur SED, z.T. auch mit einer Funktion in einer DDR-Gewerkschaft, begründet. Manche Staatssicherheitspraktiken wurden so unter anderen Vorzeichen fortgesetzt.

Um an all das zu erinnern und unserer Forderung nach Meinungs- und Lehrfreiheit Ausdruck zu verleihen, führen wir diese Konferenz in Hamburg durch, wo die Berufsverbotpolitik ihren Anfang nahm. Wir laden herzlich zur Konferenz ein. Wir wollen uns dabei auch mit den jüngsten Repressionen gegen LehrerInnen wegen missliebiger Äußerungen zu den Terroranschlägen vom 11.9.01 – bis hin zur Suspendierung, Abmahnung und Zwangsumsetzung – befassen.

Initiative „Weg mit den Berufsverboten“

Eckart Spoo (Journalist, Berlin)

Dr. Klaus Dammann (Rechtsanwalt, Hamburg)

Horst Bethge (Lehrer a.D., Hamburg)

Prof. Dr. Norman Paech (Hochschullehrer, Hamburg)

Gewerkschaft Erziehung + Wissenschaft

Landesverband Hamburg

Anna Ammon (1. Vorsitzende)

Programm und Ablauf:



Sonnabend, 9. Februar

10 Uhr, Curio-Haus, Raum ABC

Begrüßung und Eröffnung:

Ilona Wilhelm (2. Vorsitzende der GEW
Lvbd. Hamburg)

Plenum:

Für Verteidigung der Meinungsäußerungs- und Organisationsfreiheit – gegen Berufsverbote und Repressionen im Beruf, Impulsbeiträge:

Berufsverbotepolitik seit 1971 bis jetzt – Erfahrungen und Lehren (Horst Bethge)

Der Kampf um Grund- und Menschenrechte und das Völkerrecht (Prof. Norman Paech)

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns – das freie Wort im „kalten Krieg“ und heute (Eckart Spoo)

Berufsverbote und Europäische Menschenrechtskonvention – rechtliche und politische Konsequenzen (Klaus Dammann)

Plenumsdiskussion

13.30 – 15 Uhr Mittagspause

15–18 Uhr: Arbeitsgruppen (Räume A, B, C, D)

1. Maßregelungen wegen Meinungsäußerungen zu den Terroranschlägen und ihren Folgen, u.a. mit Bernhard Nolz (Siegen, zeitweilig suspendiert), Prof. Wolfgang Popp (Siegen), Klaus Bartl (Mdl, Chemnitz, Rechtsanwalt – vertritt eine betroffene sächsische Kollegin)

2. Politische Verfolgungen und Maßregelungen in den

neuen Bundesländern

u.a. mit Gerd Buddin (Berlin, „Initiative f. d. volle Gewährung d. verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote“), Prof. Wolfgang Richter (Berlin, Ges. f. Bürger- und Menschenrechte)

3. Die kommenden Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg

u.a. mit Klaus Dammann, Irmelin Schachtschneider (Oldenburg, eine der Klägerinnen), Dorothea Vogt (Jever)

4. Der Bürger als Sicherheitsrisiko – BRD auf dem Weg in den totalen Sicherheitsstaat?

u.a. mit Prof. Martin Kutscha (Berlin), Christiane Schneider (Hamburg, Journalistin), Dirk Hauer (Regenbogen)

Abendbrotpause

19 Uhr: Rezitationen: Rolf Becker (Schauspieler),
zwangloses Gespräch

Sonntag, 10. Februar

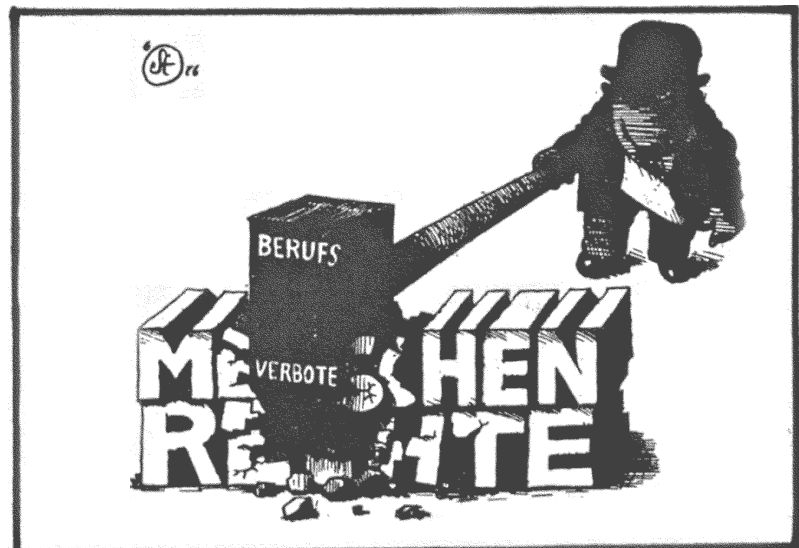
10 Uhr, Curio-Haus, Raum ABC

Solidarität und Rehabilitierung

Berichte und Forderungen

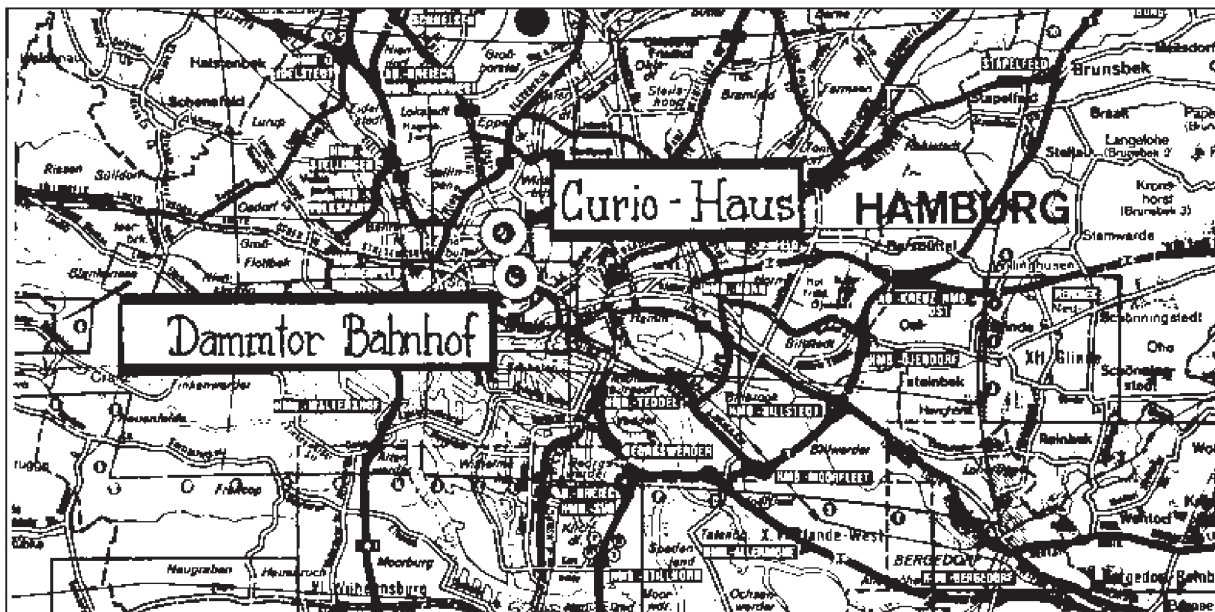
Verschiedene Betroffene, ehemalige Vertreter von Solidaritätskomitees und Vertreter von Gewerkschaften und Organisationen bilanzieren die Auseinandersetzung um Berufsverbote und ziehen Folgerungen für heute u.a. mit Eva-Maria Stange (Dresden/Frankfurt, Bundesvorsitzende der GEW), Pierre Kaldor (Rechtsanwalt, Paris), Klaus Lipps (Baden-Baden, Betroffener), Wolfgang Gehrke (Berlin, MdB), Horst Peter (Kassel, ehem. MdB 1980–94, Mitgl. d. Petitionsausschusses), Dorothea Vogt (Jever), Hans-Peter de Lorent (Hamburg, Betroffener, MdBü 1997–2001)

13 Uhr: Schlusswort



Technische Hinweise:

1. Anfahrtsbeschreibung



Dammtor-Bahnhof (eine Station nach HH-Hauptbahnhof): 5 Min. Fußweg zum Curio-Haus

2. Übernachtung: bitte selbst besorgen. Einige Privatquartiere bei KollegInnen können wir vermitteln. Bitte rechtzeitig anmelden.

3. Tagungsbeitrag: DM 30.-, ermäßigt 15.-, bitte beim Einlass entrichten

4. Anmeldung dringend erforderlich: Da wir mit wenigen Leuten „nebenbei“ die Konferenz organisieren, erbiten wir möglichst frühzeitige Anmeldung und auch Mithilfe bei der Bekanntmachung der Konferenz. Anmeldung bei:

Initiative „Weg mit den Berufsverboten“
c/o Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg,
Tel. + Fax: 040/6015212,
e-mail: horst.bethge@T-online.de

Spenden: dringend erbeten, da wir als Sponsoren weder den neuen Hamburger Senat noch große Konzerne gewinnen können, bitte auf das Konto Horst Bethge, Konto-Nr. 1210/483 101, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

Bitte abtrennen, zufaxen, zuschicken oder mailen

Anmeldung

Hiermit melde ich mich /uns für die Konferenz „30 Jahre Berufsverbot mahnen“ an

- für den 9. und 10. 2., also die ganze Konferenz
- nur für den
- Ich benötige ein Privatquartier (dafür: ich bin Nichtraucher/Tierhaarallergiker/ich komme mit dem PKW, brauche also nicht abgeholt zu werden) und zwar für die Nächte
- Ich benötige noch.....Ex. der Einladungen

Name.....Vorname.....

Anschrift.....

Tel.:..... Fax.:..... e-mail:

Unterschrift:.....